



Nur gemeinsam !

Zur Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes in Dortmund

sp - Auf der Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes in Dortmund haben unsere Landwirte die Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer Sorgen mit denen der Industrie und anderer großer Gewerbegruppen gefordert. Dieses Anliegen ist berechtigt; es fragt sich nur, wie es verwirklicht werden kann.

Die deutsche Landwirtschaft ist in den früheren Jahrzehnten von den meisten deutschen Regierungen - im Gegensatz zur Industrie - als eine Art Naturschutzpark behandelt worden. Unter Hitler wurde sie sogar in die Zwangsjacke einer autarkischen Wirtschaft gesteckt. In den beiden Weltkriegen und auch danach mußten die deutschen Bauern meist mit unzulänglichen Mitteln die Versorgung unseres Volkes sicherstellen. Zum erstenmal in der Geschichte haben die deutschen Bauern dann in den Jahren nach der Währungsreform die von allen im Bundestag vertretenen Parteien g e m e i n s a m angestrebte und mit großen finanziellen Mitteln ausgestattete Politik der Modernisierung der Landwirtschaft ansteuern können. Hierzu haben die Steuergelder der Bürger unseres Staates in nicht unerheblichem Maße beigetragen. Das Ergebnis war ein Umschichtungsprozeß, der nicht ohne Erschütterungen im Einzelfall erfolgte.

Wenn die neue Bundesregierung wegen der katastrophalen Finanzlage, die sie am Ende des vergangenen Jahres vorgefunden hat, jetzt kurz tritt, mußte sie mit der Verbitterung derjenigen Bauern rechnen, deren Produktionsweise noch nicht so modernisiert werden konnte, daß sie den nationalen und internationalen Veränderungen in der Struktur der Landwirtschaft standhalten kann.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Rehwinkel, des Beifalls seiner Zuhörer sicher sein konnte, wenn er die ungenügende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft anprangerte und dabei nicht mit Vorwürfen gegen die Bundesregierung sparte. Ob ihm und seinen Zuhörern allerdings bewußt gewesen ist, daß er mit seiner Kritik die fast 77-jährige Herrschaft e i n e r Partei traf, steht auf einem anderen Blatt. Es ist jedoch bemerkenswert und erfreulich, daß Rehwinkel und seine Zuhörer den Versuch der rechtsradikalen NPD, sich parteipolitisch in die Kundgebung einzuschalten und die Beschwerden der Landwirtschaft für sich demagogisch auszunutzen, mit äußerster Schärfe zurückgewiesen haben.

Der Deutsche Bauernverband wird nach dieser Kundgebung aber auch in seinen eigenen Reihen für die Erkenntnis sorgen müssen, daß - bei Anerkennung der Berechtigung zahlreicher Forderungen - die vor der deutschen G e s a m t wirtschaft stehenden Probleme nicht in rivalisierenden Gruppenkämpfen gelöst werden können. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen von einer Regierung gefordert werden konnte, eine gesellschaftliche Gruppe gegen die andere auszuspielen oder einen Berufsstand vor dem anderen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Der deutschen Landwirtschaft ist nur zu helfen, wenn das g e s a m t wirtschaftliche Gefüge der Bundesrepublik wieder in Ordnung gebracht werden kann.

Auch die "Correctio fraterna" gehört dazu

---

Brüderliches Verhalten ist mehr  
als freundliche Worte und höfliche Gesten  
Ein Beitrag zur "Woche der Brüderlichkeit"

Von Paul Günter Grossmann

In den vergangenen Jahren ist des öfteren nicht zu Unrecht darauf hingewiesen worden, daß sich die "Woche der Brüderlichkeit" in sterilen Deklamationen unverbindlichen Wohlwollens zu erschöpfen beginne. Zu einer praktizierten Brüderlichkeit gehöre doch etwas mehr: Nicht nur tatkräftiges füreinander-Einstehen, sondern auch klärende Auseinandersetzung, wenn es "unter Brüdern" irgend etwas zu bereinigen gibt. Dazu gehört natürlich Mut auf **b e i d e n** Seiten. Überempfindlichkeit und Gereiztheit gehören zu den Faktoren, die einen brüderlichen Dialog stören oder gar verhindern könnten.

Nun ist das mit der frischen Unbefangenheit so eine Sache zwischen Juden und Christen. Psychologische Hemmungen bei beiden Partnern sind keineswegs verwunderlich. Dennoch müßte mit dem Mut, der auf Gottvertrauen und Takt gegründet ist, auch der Versuch heikler Auseinandersetzungen gewagt werden.

Kürzlich hat sich ein Testfall ereignet. Viel ist darüber geschrieben worden; beiden Beteiligten wurden zahlreiche und gutgemeinte Ratschläge erteilt. Auch für die zunächst unbeteiligten Zuschauer beginnt sich der nicht uninteressante Sachverhalt nun allmählich zu klären.

Es ist ein Jüding, dem für seine hochherzige Menschlichkeit bekannten Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal **F r i n g s**, antisemitische Tendenzen zu unterstellen oder von ihm anzunehmen, er wolle den satanischen Terrorismus des weltanschaulichen Antisemitismus nachträglich psychologisch begründen und damit entschuldigen. Andererseits ist die erschrockene Reaktion des dem deutschen Volke wohlgesonnenen Rabbiners Dr. **M a x K u s s b a u m** auf die unversehene Konfrontation mit altbekannten Thesen wohl zu verstehen. Das ändert nichts daran, daß beides auf einem naheliegenden Mißverständnis basiert.

Auf die Bewußtseinslage des deutschen Bürgertums vor 1933 hat der Kardinal den Rabbiner aufmerksam machen wollen, um ihm zu erklären, wieso der Nationalsozialismus in seiner wesensbedingten Irrationalität auf pseudo-logische Argumente in der Öffentlichkeit zurückgreifen konnte. Bei der Darstellung dieses Sachverhalts hat der Kardinal wohl versäumt, seinen Besucher darauf hinzuweisen, daß er von dieser oberflächlichen Hilfsargumentation nichts halte. Anscheinend hat Joseph Frings einfach vorausgesetzt, daß Max Nussbaum mit ihm in der Beurteilung der spießbürgerlichen Scheinargumente einer Meinung ist.

Denn das dürfte doch wohl jedem unvoreingenommenen Beobachter der historischen Entwicklung klar sein: Der unverhältnismäßig hohe prozentuale Anteil deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft an Juristen, Medizinern, Künstlern, Wissenschaftlern, Forschern und Wirtschaftsführern war doch nur das Resultat des Fallens der Gettonauern. Die durch die jüdische Erziehung über Jahrhunderte hinweg angestaute

hohe Intelligenz, die Fähigkeit zu streng rationalem und kritischem Denken, war frei geworden und hatte sich in das deutsche Kulturleben ergossen. Übrigens eine wertvolle, für die deutsche Nation fruchtbarere Bereicherung. Die Früchte der deutsch-jüdischen Symbiose sind zudem ein Wert, der außerordentlich viel zum Fortschritt der Welt beigetragen hat. Außerdem hätte sich das prozentuale Mißhältnis jüdischer und nichtjüdischer Staatsbürger am Anteil hochqualifizierter und einflußreicher Berufe bei ruhiger Weiterentwicklung in einigen Generationen automatisch ausgeglichen. Dazu haben es die militanten Antisemiten nicht kommen lassen.

Bei dieser Bewertung des Gesprächsgegenstandes zwischen Rabbiner und Kardinal dürfte sich die Differenz der Meinung auf ein Mindestmaß reduzieren lassen. Solche Klärungen sind nicht nur für den gegebenen Fall nützlich; sie reinigen die Atmosphäre von nebulösen Vorstellungen. Den Gewinn solcher sachlich bezogenen, wissenschaftlich fundierten und offen geführten Aussprachen hat die Idee der interkonfessionellen Brüderlichkeit. Dem unheilbaren Neo-Antisemitismus hingegen ist damit ein Mistbeet für seine Drachensaat zerstört worden.

+ + +

### "Budapester Rundschau"

Ungarische Wochenzeitung für Politik  
Wirtschaft und Kultur in deutscher Sprache

sp - In diesen Tagen wird in Ungarn die Wochenzeitung "Budapester Rundschau" herauskommen. Sie erscheint in deutscher Sprache und trägt den Untertitel "Ungarn und Europa". Eine Probenummer wurde bereits am 11. Februar dieses Jahres aufgelegt. Sie enthält interessante Artikel aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Ungarns. Außerdem zeigt sie das Bestreben ihrer Herausgeber, die Bindungen und Verbindungen Ungarns zu den übrigen europäischen Staaten enger zu knüpfen. Der ungarische Außenminister János P é t e r veröffentlicht in dieser Ausgabe einen Artikel, der unter dem bezeichneten Motte steht:

- \* "Die außenpolitische Tätigkeit, die Diplomatie der Volkerepublik Ungarn beruht auf der Einsicht, daß die Entfaltung der
- \* Zusammenarbeit der Nachbarländer - mögen diese von gleicher
- \* oder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sein - allmählich
- \* und organisch zu einem System des Friedens und der Sicherheit
- \* in Europa führt."

Chefredakteur der Zeitung ist Ferenc Paal. Die Zeitung kann auch im Ausland bezogen werden; sie kostet im Jahresabonnement in Deutschland 16,- DM. Sehr beachtlich ist der Kulturteil der "Budapester Rundschau"; er vermittelt einen hervorragenden Überblick über alle Kunstströmungen im Ungarn von heute.

+ + +

### Die Situation im Nahen Osten

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Im Jahre 1964, als die radikale Regierung Syriens die arabischen Staaten wegen Israels Jordan-Leitung zum Kriege treiben wollte, berief der ägyptische Präsident Nasser alle arabischen Könige und Präsidenten zu einer Spitzenkonferenz ein, die die Aktionen gegen Israel sorgfältig vorbereiten und koordinieren sollte.

"Sofortiger Krieg" wurde mangels genügender Rüstung abgelehnt und auf Nassers Anraten wurden antiisraelische Aktionen mit langfristiger Planung vereinbart. Mehrere Organe wurden eingesetzt, denen die Durchführung dieser Maßnahmen obliegen sollte. Das oberste Organ waren die Spitzenkonferenzen, die regelmäßig abgehalten werden sollten. Ferner wurde ein gemeinsames militärisches Kommando unter General Ali Ali Amr zwecks Koordinierung der Armeen geschaffen. Eine besondere Kommission sollte sich mit der Ableitung der Quellflüsse des Jordan befassen und auf diese Weise Israels Wasserpläne durchkreuzen. Schließlich sollte die von Ahmed Schukeiri geführte "Befreiungsbewegung der Araber Palaestinas" alle Unterstützung seitens der arabischen Staaten und der Arabischen Liga, als Gesamtorganisation, erhalten.

Nach über zwei Jahren müssen die arabischen Führer selbst zugeben, daß die Bilanz ihrer inzwischen unternommenen Bemühungen absolut negativ ist. Der ersten "Spitzenkonferenz" folgten zwei weitere, die keine praktischen Ergebnisse brachten. Schließlich erklärte der ägyptische Präsident Nasser, er habe nicht die Absicht, sich noch an Spitzenkonferenzen zu beteiligen, da diese nur "den Interessen der Reaktionen" dienen. Seit 1965 gibt es keine Spitzenkonferenzen mehr, und die Staaten, die sich für erneute Abhaltung solcher Tagungen einsetzen, sind Jordanien und Saudi-Arabien, die gerade von Nasser als "Reaktionär" abgelehnt werden.

Das gemeinsame arabische Militärkommando unter Leitung des General Ali Ali Amr schien gut zu starten, und israelische Kreise nahmen es zuerst ernst, weil es dem Kommando gelungen war, Truppenbewegungen im arabischen Raum - zentral gesteuert - durchzuführen. Dann schloß das Kommando jedoch wegen Mangels an Mitteln ein. Nach der israelischen Vergeltungsaktion gegen das jordanische Dorf Samua im November 1966 war das Kommando Ziel heftiger Kritik, weil es nichts zum Schutze Jordaniens unternommen hatte. Bei folgenden Sitzungen des Verteidigungsausschusses der Arabischen Liga warfen jedoch die Vertreter des Kommandos den Jordaniern vor, daß sie Vereinbarungen über Grenzschutz nicht eingehalten und praktisch ihnen übergebene Gelder der Arabischen Liga "veruntreut" hätten. Der Verteidigungsausschuß empfahl, daß zum Schutze Jordaniens irakische und saudi-arabische Truppen in diesen Staaten einrücken sollten. Dies wurde jedoch von König Hussein entschieden abgelehnt. Das Ende war, daß Jordanien und Saudi-Arabien mitteilten, sie würden die für Mitte Februar angesetzte Sitzung des Verteidigungs-Ausschusses der Arabischen Liga boykottieren. Inzwischen versuchte man einen Ausweg aus der unangenehmen Situation durch Vertagung der Sitzung zu finden, und zwar bat das zu Jordanien neigende Karakko um Verschiebung.

Wenn keine radikale Änderung in der jetzigen Konstellation eintreten sollte, dann wird bis auf weiteres keine Rede von einer Sitzung des Verteidigungsausschusses sein können und der Chef des Gemeinsamen Kommandos, General Amr, ist ein General ohne Kommando und ohne Soldaten. Er hat übrigens schon seinen Rücktritt angeboten und die Demission nur auf dringende Bitte der Liga-Führung hinausgeschoben.

Die Debatten über den Verteidigungsausschuß wurden von einer Sitzung des Ausschusses für die Jordan-Ableitung begleitet, auf der Jordanien sich vertreten ließ. Auf dieser Sitzung herrschte keine bessere Stimmung, denn der technische Leiter der ganzen Wasserpläne demissionierte, und der Vize-Generalsekretär der Arabischen Liga, Said Kofal, mußte erklären, daß die "Ableitungspläne vor dem Zusammenbruch stehen". Er berichtete, daß die begonnenen Arbeiten weit hinter den Terminplänen zurück seien und daß außerdem die arabischen Staaten nicht die versprochenen Gelder für die verschiedenen Kanal- und Dammarbeiten gezahlt hätten. Diese Sitzung ging nicht mit Streit auseinander, sie nahm "geheim" gehaltene Beschlüsse an, aber Diplomaten und Korrespondenten im Mittleren Osten sind der Überzeugung, daß die Jordanpläne für die nächsten Jahre keine wesentliche Rolle in der Orientpolitik spielen werden.

Wohl den größten Mißerfolg mußte die mit Hilfe der Spitzenkonferenz gegründete "Befreiungsbewegung der Araber Palästinas" unter Führung von Ahmed Schukeiri verzeichnen. Sie hatte eine Exilregierung und eine eigene Armee gründen wollen, aber beide Pläne konnten wegen des Widerstandes des Königs Hussein nicht durchgeführt werden. Schukeiri und Hussein sind heute - nach mehreren gescheiterten Kompromißversuchen - befeindet, und von Kairo aus greift Schukeiri über den Rundfunk den König als "Reaktionär und Verräter" an. König Hussein seinerseits hat die Ortsgruppen der "Befreiungsbewegung" in Jordanien aufgelöst und seine Anerkennung für die Position Schukeiri ausdrücklich annulliert. Schukeiri versuchte daraufhin in den Untergrund zu flüchten, und ein von ihm gegründeter geheimer "Revolutionsrat" soll seine politischen Aktionen mit Hilfe von Terrorakten ähnlich der ehemaligen FLN in Algerien betreiben. Von dem stolzen Ziel der Bildung einer Exilregierung und einer offiziellen Befreiungsarmee ist dieses politische Vorgehen weit entfernt. Schukeiri ist noch durchgehändig, daß der Ägyptische Präsident Nasser seine Organisation wohl moralisch unterstützt, jedoch vor zu scharfen Maßnahmen gegen Israel warnt, weil Ägypten sich ohne gute Planung und Vorbereitung" (Nasser) nicht in eine Auseinandersetzung mit Israel verwickeln lassen will.

Insgesamt ist also festzustellen, daß alle Aktionen, die die Araber 1964 auf ihrer Spitzenkonferenz in Kairo eingeleitet hatten, ergebnislos blieben. Der Mißerfolg ist das Resultat der Spaltung im arabischen Lager, der Tatsache, daß sich die "progressiven" Staaten (Ägypten, Irak und Syrien) auf der einen und die "Traditionalisten" (vor allem Jordanien und Saudi-Arabien) feindselig gegenüber stehen. Solange diese Feindschaft und das mit ihr verbundene Mißtrauen bestehen, sind für alle gemeinsamen Aktionen der Liga gegen Israel keinerlei Erfolgchancen gegeben.